

Bern, 28. Juni 2019 Von Fabian Dreher

Auswirkungen des bewaffneten Konflikts im Cauca

Während die Umsetzung des Friedensabkommens zwischen der Regierung Kolumbiens und den FARC in einigen Gebieten Kolumbiens zu einem Rückgang der Gewalt geführt hat, ist im Departement Cauca das Gegenteil der Fall. Der bewaffnete soziale Konflikt hat im Cauca 2018 und 2019 zu einer Zunahme der Gewalt und Menschenrechtsverletzungen geführt.

Wie bereits in der Vergangenheit ist auch die aktuelle Gewaltwelle vor allem auf strukturelle Ursachen zurück zu führen, die mit dem offiziellen Ende des bewaffneten Konflikts kaum angetastet wurden. Während ein Grossteil der Bevölkerung kaum ihre Grundbedürfnisse befriedigen kann, teilt eine kleine "Elite" die politische und wirtschaftliche Macht unter sich auf.



Von der endemischen Gewalt ist das Departement Cauca besonders betroffen. Eine grosse Mehrheit der Morde, Drohungen und anderen Gewaltakte trifft Führungspersonen lokaler Aktionsgruppen oder von Opferorganisationen, die an der Umsetzung von Massnahmen des Friedensabkommens teilnehmen: am freiwilligen Ersatz illegaler Pflanzungen sowie an Landrückgabeprozessen. Berichte der Vereinten Nationen sowie des Menschenrechtsombudsmanns weisen seit langem auf die gefährliche Lage insbesondere im Nordcauca hin¹.

Der kolumbianische Staat bestreitet immer wieder die Existenz paramilitärischer Gruppierungen und bezeichnet diese verharmlosend als kriminelle Banden (BACRIM) oder organisierte bewaffnete Gruppen (GAO). Er versucht damit seine Mitverantwortung zu verschleiern. Die paramilitärischen Gruppierungen konnten nur dank staatlicher Duldung entstehen und

verlassen sich bis heute auf diese Unterstützung. Sie finanzieren sich heute hauptsächlich über illegale Ökonomien wie illegalen Bergbau, Drogenhandel, Schmuggel, etc. Im Zweifelsfall verteidigen sie jedoch weiterhin die Interessen der Besitzenden und Mächtigen. Im Cauca sind heute verschiedene paramilitärische Gruppierungen aktiv, darunter die AGC

¹ https://www.scribd.com/document/411705459/INFORME-ESPECIAL-Impacto-Del-Conflicto-Social-y-Armado-en-El-Departamento-Del-Cauca-2018-2019-Violaciones-a-Los-Derechos-Humanos-en-El-Departamento#from_embed

und Tochterorganisationen sowie die Águilas Negras. Sie setzen auf unterschiedliche Strategien, gemeinsam ist ihnen jedoch das Ziel territorialer und sozialer Kontrolle.

In weiten Gebieten des Cauca ist der Staat bis heute nur mit den staatlichen Sicherheitskräften präsent. Dies wird sich auch unter dem amtierenden Präsidenten Duque nicht ändern, strebt er doch eine zunehmende Militarisierung der von sozialen und bewaffneten Konflikten betroffenen Regionen an. Mehr Militär wird jedoch die dem Konflikt zugrunde liegenden strukturellen Ursachen nicht beheben. Für die Bevölkerung des Cauca stellt die staatliche Armee einfach ein weiterer Akteur in bewaffneten Konflikt dar. Die Sicherheit der ortsansässigen Bevölkerung steht kaum im Zentrum der Einsatzplanung der Armee.

Die kleinbäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Gemeinschaften des Cauca (und teils auch der umliegenden Departemente) haben in den vergangenen Jahrhunderten ihre Regionen meist ohne grossen Einfluss der staatlichen Behörden aus Bogotá entwickelt. Entsprechend widersetzen sie sich auch oft den von der Zentralregierung verordneten Entwicklungsplänen. Streiks und soziale Proteste haben eine lange Tradition in der Region. Gleichzeitig war und ist der Cauca überdurchschnittlich vom bewaffneten Konflikt betroffen. Die meisten kleinbäuerlichen, indigenen und afrokolumbianischen Organisationen und Führungspersonen leben entsprechend auch unter konstanter Bedrohung.



Seit der Unterzeichnung des Friedensabkommens zwischen der Regierung und den FARC 2016 haben die bewaffneten Auseinandersetzungen im Cauca deutlich zugenommen. Neben verschiedenen paramilitärischen Gruppierungen (AGC, AUC, Águilas Negras) hat auch das ELN seine Präsenz in der Gegend deutlich erhöht. Das EPL hat neben seinem angestammten Gebiet im Catatumbo im Nordcauca eine zweite Front eröffnet, zudem sind mindestens zwei Gruppierungen dissidenter FARC-KämpferInnen in der Region aktiv. Oft sind die Aufstandsbewegungen jedoch kaum mehr von den übrigen illegalen bewaffneten Organisationen zu unterscheiden.

Es ist also kein Wunder erreicht die Gewalt gegen MenschenrechtsverteidigerInnen, soziale Führungspersonen und ehemalige FARC-KämpferInnen 2018 und 2019 Höchstwerte. Mehr als 20 Prozent der zwischen Januar 2016 und Mai 2019 ermordeten sozialen Führungspersonen wurden im Cauca getötet. Damit steht das Departement Cauca noch vor Antioquia an der nationalen Spitze. Auch bei Drohungen und gewalttätigen Anschlägen liegt der Cauca an der Spitze. Wie auch in anderen Gebieten, die vom bewaffneten Konflikt betroffen sind, zeigt sich im Cauca deutlich das Versagen des kolumbianischen Staates für die Sicherheit seiner Bevölkerung zu sorgen. Zentral dabei ist neben den strukturellen Ursachen vor allem die Weigerung der Regierung unter Präsident Duque, das Friedensabkommen mit den FARC umzusetzen. Solange die Regierung auf Militarisierung statt auf ländliche Entwicklung in Zusammenarbeit mit der Bevölkerung setzt, bleibt der Frieden im Cauca wohl ein ferner Traum.